Dresden 1882.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 3 Mark 75 Pfge. Numm. 10 Pfge. Auflage 37000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annoncen für uns nehmen an: Die Annoncen-Bureaux v. Haasenstein & Vogler; — Rudolf Mosse; — Daube & Comp.; — Invalidendank; — G. Müller in Görlitz; — Rod. Lieb in Magdeburg; — J. Barck & Co. in Halle; — Steiner in Hamburg.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

27. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Meißnergasse Nr. 5 bis Nachm. 5 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile kostet 15 Pfge. Ausgelandt 20 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von unbekannten Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Acht Silben kosten 10 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pf.

Carl Tiedemann
Fabrik von Lacken und Farbwaaren.
Verkaufsstellen:
seit 1833 **27 Marienstrasse 27** seit 1833
ferner **19 Amalienstrasse 19,**
Heinrichstrasse, Stadt Görlitz.

Carl Höptner,
Landhausstrasse Nr. 4 und 5,
empfiehlt seine
Weinhandlung mit altdeutschen Weinstuben.
Champagner der besten Häuser.
Grosses Weinlager.

Ball-Etablissement
Wetzel, vorm. Henne's Restaurant,
Bautznerstrasse 59
empfiehlt seine eleganten und neuen Lokale zu Abhaltung von Gesellschafts-Bällen und besonders
Familienfesten, Hochzeiten etc.
Schönstes Gartenrestaurant.
Diners, Soupers, einzelne Schüsseln etc. zu mpt anwarm Hause.

Nr. 106. | Witterung vom 15. April: Barometer nach Oscar Pöhald, Wallstraße 15 (Mdt. 6 U.) 710 Mill., seit gestern 3 Mill. gefallen. Thermometergr. n. Reaum.: Temper. 11 ° W., niedr. Temp. 5 ° W., höchste Temp. 15 ° W. Süd-Wind, Regen, aufheiternd. | Aussichten für den 16. April: Veränderliche Bewölkung, Temperatur wenig verändert, leichte Niederschläge. | **Sonntag, 16. April.**

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

„Das Opfer liegt, die Raben steigen nieder!"

Diese klassische Reminiscenz wird unwillkürlich lebendig, wenn man aus München, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt ꝛc. hört, daß sich von dort die Minister auf die Reise nach Berlin gemacht haben. Das Opfer ist jedenfalls das Tabaksmonopol, aber den mittelstaatlichen Ministern fällt eine andere Aufgabe zu, als den schwarzgefiederten Vögeln im Tell — man soll ja auch einen Vergleich nie zu weit treiben. Zumal ist es höchst wahrscheinlich, daß im Bundesrathe das Monopolprojekt noch zu einem kurzen Scheinleben galvanisirt wird. Das wird das zweifelhafte Verdienst des Königreichs Bayern sein. Seine bundesstaatlichen Vertreter haben natürlich genau dieselben schweren Bedenken gegen das Monopol, wie die sächsischen, badischen und anderen Collegen bis herunter Reuß ä. L., sie sehen ebenso klar das Unglück voraus, welches im Gefolge dieses unseligen Unternehmens ins Haus der Germania einziehen muß — trotzdem erheben sie ihr Herz nicht zu der Höhe eines mannesmuthigen Nein, sondern überlassen das Verwerfen des Monopols dem Reichstage selbst. Dieser mag die stachlige Arbeit besorgen — wozu sollen sich die blau-weißen Minister die Finger blutig ritzen? Sehr bequem, vielleicht sogar sehr staatsmännisch-schlau — ob aber eines Staats von der Bedeutung des großen Königreichs würdig? Hm, hm! Sonach erscheint jetzt ausgemacht, daß im Bundesrathe eine preußisch-bayrisch-kniyphstaatliche Mehrheit für das Monopol zusammengeschweißt wird. Um den unverdaulichen Monopolbissen den Einzelstaaten mundgerechter zu machen, hat man ihn zuletzt noch mit einer Sauce übergossen, welche dem bundesstaatlichen Charakter des Reichs Rechnung trägt. Zunächst soll nicht der Reichskanzler, sondern die einzelnen Bundesregierungen die jährlichen Tabakbaubezirke bestimmen und sodann soll der Ertrag des Monopols nicht in die Reichskasse fließen, sondern zur Vertheilung an die Einzelstaaten nach der Kopfzahl ihrer Bevölkerung gelangen. Das ist bereits jetzt bei der Brausteuer und den Stempelabgaben der Fall. Das sind gewiß dankenswerthe Zugeständnisse und es muß jeden Vertreter des Bundesstaats-Prinzips doppelt peinlich berühren, trotzdem sie gegenüber den schweren Schäden des Monopols selbst zu leicht zu befinden.

Zu den vielen Gründen gegen das Monopol kommen in neuester Zeit auch die Erfahrungen, die man mit der kaiserlichen Tabaksmanufaktur in Straßburg macht. Die Behauptung der „Tribüne", „daß die riesigen Räume der Manufaktur mit 70 Millionen Stück unverkäuflicher Cigarren im Herstellungswerthe von über 2 Mill. Mark vollgepfropft seien," wurde zwar mit vornehm-verächtlicher Miene als unrichtig bezeichnet, aber die zu Ostern vorgenommene Revision und Inventur dürfte jene Behauptung erhärtet haben. Die kaiserliche Tabakmanufaktur ist ohne beträchtliche Staatszuschüsse nicht lebensfähig, noch weniger kann sie prosperiren. In ihrer Verwaltung und den Büchern können unmöglich musterhafte Zustände herrschen. Denn, erzählt die „Tribüne",

> wenn es möglich war, daß der Kassirer der Manufaktur vor Jahresfrist eintausend Mark zu viel in seiner Kasse hatte, worüber er sich nicht ausweisen konnte, und diese ohne jede Untersuchung kurzweg als außerordentlicher Posten in Einnahme dekretirt wurden, heute dagegen achttausend Mark fehlen, deren Unterschlagung sich auf mehrere Jahre zurückdatiren soll, so darf man angesichts solcher Thatsachen der öffentlichen Strafkammersitzung gegen den verhafteten Regierungssekretär St. mit Spannung entgegensehen.

Wenn die Reichsregierung nicht müde wird, durch sachgemäße Gestaltung des Zolltarifs die vaterländische Industrie in ihrem schweren Kampfe mit dem kapitalkräftigen Auslande zu fördern, so sollten auch die deutschen Industriellen dieser Fürsorge durch ihre Leistungen den entsprechenden Dank abstatten. Leider wollen die Klagen nicht verstummen, daß die deutschen Exportindustriellen sich von ihren ausländischen Concurrenten auch im Punkte der Solidität überflügeln lassen. Fast in jedem Consularberichte begegnet man Klagen nicht blos über mangelnden Geschmack, ungenügende Verpackung und fehlendes Eingehen auf die Landesart bei deutschen Waaren, sondern man trifft auch oft auf Beschwerden über Unpünktlichkeit, Unzuverlässigkeit und Unreellität. Die frühere Bezeichnung deutscher Waaren als „billig und schlecht" hatte einen Kern von Berechtigung für sich — weil das Billige nothgedrungen meist nicht anders als mittelmäßig sein kann. Aber die schlechten Maße, die Untergewichte, die geringere Qualität, der Widerspruch von Probe und Lieferung, die verborgenen Fehler, ja sogar das Fehlen an der Stückzahl — das sind böse Erscheinungen, die sich unbedingt beseitigen lassen, wenn man nur will. Es ist in vieler Beziehung darin besser geworden; das erkennen die meisten Berichte unserer Consuln an; sie loben auch einzelne deutsche Exporteure wegen ihrer musterhaften Lieferungen ganz ausdrücklich — aber daß immer noch jene Klagen über Unreellität laut werden, das ist schmerzlich und stellt die Geduld der gesetzgebenden Gewalten Deutschlands, die heimische Industrie immer exportfähiger zu gestalten, auf eine harte Probe.

Die österreichische Regierung athmet erleichtert auf: der Aufstand im Süden der Monarchie liegt in den letzten Zügen und ein neuer Riesenpump ist glücklich bewerkstelligt worden. Die Niederwerfung jenes Aufstandes und die Herstellung von militärischen Sicherheitsmaßregeln erfordern große Summen; daran ist nichts Wunderbares. Aber das chronische Deficit im Staatshaushalte giebt denn doch zu denken. Oesterreich braucht jetzt wieder 37½ Millionen Gulden und es hat glücklich eine Bank gefunden, die ihm diese Summe zum Course von 92½ gegen 5 Proc. vorstreckt. Wo soll das noch hinaus? Die allgemeine Staatsschuld beträgt 2755 Millionen, die ein jährliches Zinsenerforderniß von 113¾ Millionen beansprucht. Dazu ist für Cisleithanien eine extra-Staatsschuld von 429 Millionen getreten und wie tief sich Ungarn in die Schulden gesteckt hat, wissen die Pester Finanzgenies vielleicht selbst kaum. Schon taucht daher der Vorschlag einer abermaligen Zinsenreduktion auf. Die österreichische Finanzwirthschaft ist wahrlich ernst; alle in zwölf Friedensjahren contrahirten Schulden dienten lediglich dazu, die regelmäßigen Defizite zu decken. Möchte doch unser kaiserlicher Nachbarstaat, der in militärischen Dingen soeben unbestrittene Proben von Umsicht, Tüchtigkeit, Fähigkeit und Energie abgelegt hat, auch in den Finanzen sich kräftigen!

In Frankreich bereiten die Katholiken heftigen Widerstand gegen die Ausführung des neuen Unterrichtsgesetzes vor, indem bereits die Bischöfe in besonderen „Hirtenbriefen" und die Pfarrer von der Kanzel das Gesetz brandmarken und den Gläubigen dringend ans Herz legen, sich dem Gesetze nicht zu unterwerfen und ihre Kinder nicht in die gottlosen Gemeindeschulen zu schicken. Zugleich wird angekündigt, daß auch die pekuniäre Unterstützung nicht fehlen werde, um den armen Leuten den Unterhalt zu ermöglichen. Wenn dieselben kraft des neuen Gesetzes zu einer Geldstrafe verurtheilt werden, weil sie ihre schulpflichtigen Kinder nicht zur Gemeindeschule schicken, will man solche für sie zahlen und wenn es bis zur Gefängnißstrafe kommt, sollen sie dafür reichlich entschädigt werden. Sodann wird dringend abgerathen, daß die gut gesinnten, d. h. konservativen und katholischen Maires und Gemeinderäthe ihre Entlassung geben, um nicht, wie das Gesetz es vorschreibt, bei der Ausführung des neuen Gesetzes mitzuwirken; man solle im Gegentheile am Platze bleiben, die Maires sollen in die Schulkommissionen eintreten, die Gemeinderäthe sollen suchen, durch Wahl in dieselben zu gelangen, um als Mitglieder dieser Kommissionen die Wirkung des Gesetzes möglichst neutralisiren zu können. Diese Schulkommissionen werden allerdings bei der Anwendung des Gesetzes eine Hauptrolle spielen. Die Regierung aber kündigt an, daß sie jede Aufreizung zum Widerstand gegen dieses Gesetz gesetzlich verfolgen und Beamte, die den Widerstand begünstigen, abberufen will.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 15. April.

Berlin. Die Erbgroßherzogin von Mecklenburg reiste um 5 Uhr 20 Min. nach Dresden. — Die Hoffnung, daß die Aussteller in Porto Alegre (darunter viele sächsische Firmen) durch die Provinzialregierung in Rio grande dol Sul entschädigt werden, scheint sich zu bestätigen.

Berlin. Der Ausschuß des Kongresses Deutscher Landwirthe sammelt Unterschriften zu einer Petition an den Reichskanzler, die in dem Verlangen nach einem generellen Einfuhrverbot für amerikanisches Vieh, amerikanisches Fleisch und amerikanische Fleischpräparate aus sanitären Rücksichten gipfelt. — Der Kaiser begiebt sich am 18. dss. Mts. nach Wiesbaden, wo er bis zum 3. Mai verbleiben wird. — Die Kronprinzessin ist gestern mit der Prinzessin Victoria nach Dresden gereist, um dort die Museen zu besuchen. Sie ist bereits am Abend wieder zurückgekehrt.

Paris. In Südalgier ist eine Revolte unter den muselmännischen algerischen Tirailleurs ausgebrochen. Eine große Anzahl derselben desertirte zu den Aufständischen. — Die Nachricht, daß Orloff durch Ignatieff ersetzt werde, findet hier keinen Glauben.

Brüssel. Der „Nord" meldet, aus Petersburg vom 14. April, die Nachricht der Ernennung Ignatieffs zum Gesandten in Paris und die Ernennung Lobanoffs zum Minister des Innern, ist vollständig unbegründet. Ebenso falsch ist, daß Giers die Russischen Vertreter im Auslande nach Petersburg berief, um angeblich sein neues politisches Programm zu entwickeln.

Rom. Die Zeitung „Rassegna" theilt mit, das sächsische Königspaar meldete sich zum Besuch im Vatican an.

Petersburg. Eine „Tageblatt"-Depesche meldet, Graf Ignatieff reichte zu Beginn der Woche seine Demission als Minister des Innern ein. Schuwaloff hätte Aussicht, Ignatieff's Nachfolger zu werden. Der langgesuchte Attentäter Deutsch ist ergriffen.

Libau. Der britische Dampfer „Vernon" überriegelte Nachts auf der Libauer Rhede den ankernden Flensburger Dampfer „Diana", welcher sofort sank. Die Mannschaft wurde nur mühsam gerettet. Der Vordertheil des Dampfers „Vernon" wurde bedeutend beschädigt.

Berliner Börse. Der Geschäftsverkehr war heute sehr rege, namentlich in den leitenden Bankpapieren. Creditactien gewannen wieder 6 Mk., Discontogesellschaft 2 Proc. Man ist überzeugt, daß durch die Uebernahme der österr. Papierrente durch das Consortium wie nicht minder durch die wiederbegonnene Conversion der Goldrente noch auf einige Zeit ein günstiger Einfluß ausgeübt werde. Franzosen schlossen 2⅜, Lombarden 3 Proc. über gestern, obgleich gegen Schluß eine Abschwächung eingetreten war. Die Eisenbahnen konnten sich gut behaupten, wenn auch kein besonderes Interesse für diese Werthe zu Tage trat. Kassabanken konnten mehrfach gute Avancen erzielen. Bergwerte lagen still. Industrien theilweise recht belebt. Fremde Fonds hatten gleichfalls guten Verkehr, doch mußten russische Noten ½ Mk. abgeben, während 1880er Anleihe wieder etwas höher wurden. Inländische Fonds fest, ruhig.

Frankfurt a. M., 15. April. Abends. Credit 280,87. Staatsbahn 279,00. Lombarden 124,12. Ober Laste —. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 206,75. Oesterr. Goldrente 80,50. 4% Ungar. Goldrente —. Tier Russen —. Ober Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungarische Papierrente —. Discants —.—.

Wien, 15. April. Abends. Credit 311,50. Staatsbahn 328,00. Lombarden 145,30. Anglo-Austria-Bank —. Napoleonsd'or —. Galizier —. Papierrente —. Oesterr. Goldrente —. Ung. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente —. Ungar. Credit 338,25. Unionbank —. Elbethalbahn —. Bankverein —. Nordwest 210,50. Marknoten 58,75.

Paris, 15. April. (Schluß.) Rente 83,95. Anleihe 118,17. Italiener 99,50. Staatsbahn 602,50. Lombarden 313,75. do. Prioritäten 284,00. Egypter 353,00. Oesterr. Goldrente 75½. Träge.

Lokales und Sächsisches.

— Wiener Blättern zufolge erwartet man Anfang dieser Woche unseren König Albert in Wien. Es sollen nämlich bei Neuberg in Steiermark Auerhahnjagden stattfinden, zu denen S. M. der Kaiser von Oesterreich unseren König eingeladen hat.

— Der hiesige kögl. preußische Gesandte Graf Dönhoff reiste am Freitag infolge einer telegraphischen Depesche nach Altenburg. Es wird uns nicht gesagt, ob in Sachen des Tabakmonopols (Abstimmung der herzogl. Altenburgischen Regierung) oder um an den Hochzeitsfeierlichkeiten am herzoglichen Hofe daselbst theilzunehmen. Die Prinzessin Marie Anna, Tochter des Prinzen Moritz von Altenburg, reicht nämlich die Hand dem Erbprinzen Georg von Schaumburg-Lippe. Die Festlichkeiten wurden mit einem großen Balle eröffnet, der am Donnerstag im „Kasino" stattfand. Hierbei ereignete sich ein recht störender Zwischenfall. Die jugendliche Braut (die wohl ein wenig zu fest geschnürt war) wurde beim Tanzen plötzlich von Krämpfen befallen, die lange Zeit hindurch andauerten. Der altenburgische Hof war vollzählig anwesend, und das Ballfest wurde natürlich in Folge dieses Vorfalles sofort abgebrochen. Der Zustand der Prinzessin ist übrigens nicht direkt besorgnißerregend.

— Der in Berlin beglaubigte Königl. Sächs. Gesandte, Wirkl. Geh. Rath v. Nostitz-Wallwitz, ist auf seiner Rückreise von Sicilien in Rom eingetroffen. Er gedenkt nach Lugano überzusiedeln und nach vierwöchentlichem Aufenthalte daselbst den Rest seines Urlaubes an einem anderen Orte der Schweiz zu verbringen.

— Die Staatsminister des Innern und der Finanzen, die Herren v. Nostitz-Wallwitz und v. Könneritz haben sich zur Theilnahme an den Berathungen des Bundesraths über das Tabaksmonopol nach Berlin begeben.

— Der deutsche Reichstag ist nunmehr mittelst kaiserlicher Verordnung, gegengezeichnet vom Reichskanzler, auf den 27. April nach Berlin einberufen worden.

— Unser früherer Mitredakteur Herr Theodor Drobisch hat sein 50jähriges Schriftsteller-Jubiläum nur um einige Monate überlebt: Gestern Morgen starb der in den letzten Jahren von schweren körperlichen Leiden Heimgesuchte in Folge einer wiederholten Operation. Der so manchen Menschen frohe Minuten bereitete, erlebte zuletzt die schmerzhaftesten Stunden! Anläßlich seines Jubiläums haben wir bereits die Schriftstellerlaufbahn des vielbeliebten Humoristen geschildert. Wir erinnern daher heute nur nochmals daran, wie Theodor Drobisch, vom Schriftsetzer zum Schriftsteller übergehend, in Leipzig in den 40er und 50er Jahren die „Zeitung für die elegante Welt" redigirte und in jener Stadt mit seinen zahlreichen Gedichten, Novellen, Scherzen, komischen Scenen u. dergl. den Grund zu seinem Renommée als Humorist legte. Die Dichtungen religiösen Inhaltes, die er neben seinen Humoresken veröffentlichte, zeigten die Tiefe seines Gemüthes. 1859 nach Dresden übergesiedelt, wirkte er bis 1872 als Mitredacteur an unserem Blatte und hat sich als solcher wie durch seine launigen Tischreden eine ungemeine Beliebtheit erworben und zum Aufblühen der Dresdner Nachrichten erheblich beigetragen. Von 1854 an redigirte er außerdem noch den „Ameisenkalender" und verschaffte demselben durch die Derbheit seines Humors ein weit verbreitetes Lesepublikum. Theodor Drobisch war in Dresden geboren, er hat ein Alter von 70 Jahren erreicht. Zuletzt wohnte er mit dem Schriftsteller Lubojatzki zusammen. Ein Zufall wollte es, daß eine Stunde nach seinem Ableben ein Gardeoffizier zu ihm kam, um ihn zu bitten, ein launiges Hochzeitsgedicht zu fertigen. Das Eigenthümliche dieses Zufalles würde Drobisch, wenn er es an einem Anderen erlebt hätte, gewiß zu einem sentimental-ergreifenden Gedicht verwandt haben. Die Biederkeit im Wesen des nunmehr Verewigten wurde von Allen, die ihm näher standen, anerkannt. Sein Andenken wird in Ehren bleiben.

— Die vorgestrige öffentliche Sitzung der Stadtverordneten ward von einem Sturm durchfegt, wie er sich bisher in diesem Saale selten erhob. Seit Anfang dieses Jahres liegt so etwas aber immer in der Luft, denn seit der Zeit taucht oft eine Opposition auf, die schon einigemale Ordnungsrufe und Rügen veranlaßte und meist mit mehr Breite wie Gründlichkeit geführt wird. Den Anlaß zu dem vorgestrigen Wortgefecht, welches übrigens im Innern beider Collegien noch weitere Folgen haben wird, gab der Vorschlag des Verw.-Ausschß., das Collegium solle sich damit einverstanden erklären, daß dem Straßenmaterialfond für den diesjährigen Bedarf 267,000 Mrk. aus dem städtischen Reservefond zur Verfügung gestellt werden. Die Stadtverordneten Lingke und Hartwig nahmen dabei Veranlassung, diese Straßenmaterialanhäufung speciell, wie überhaupt das Straßenbauwesen einer äußerst absprechenden Kritik zu unterwerfen. St.-V. Lingke behauptet, man erhalte billigere und bessere Arbeit, wenn man Straßen „und sonstige Arbeiten von anderen Gewerbtreibenden als durch die städtische Regie herstellen lasse und bringt deshalb folgenden Antrag ein, der zunächst dem Verw.-Ausschß. überwiesen wird und lautet: „Den Stadtrath zu ersuchen, gewerbliche Arbeiten für städtische Zwecke nicht in eigener Regie zur Ausführung zu bringen, sondern thunlichst durch Vergebung an hiesige Einwohner herstellen zu lassen." — Wenn schon St.-V. Lingke voller Mißvergnügen war, so erging sich St.-V. Hartwig in solcher Art, daß er vielfach durch „Aha" „Oho" „Hört! Hört!", „das ist stark" ꝛc. unterbrochen ward und vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen werden mußte, u. A. führte er an, es sei eine vollständige Ungerechtigkeit, daß Bauende ihr Kapital unverzinslich für die Straßenpflasterung ad depo geben und meist lange Zeit warten und warten müßten, weil es trotz allen Straßenmaterialfonds doch — an Steinen fehle, die Regiearbeiten seien überhaupt zu mißbilligen, die Stadt dürfe ihren gewerblichen Bürgern nicht auch noch selbst Conkurrenz machen u. s. w., kurz, das Stadtbauamt sei überhaupt ein Sammelsurium von aller Art Unzuträglichkeiten; es sei ihm dies übrigens sogar auch von einem „rechtskundigen" Mitgliede des Rathes selbst mit diesen Worten gesagt und bestätigt worden. — Auf diese Aeußerung erhob sich im Saale eine bedeutende Unruhe und vielfache Mißbilligungen gegen den Redner wurden laut. Der Oberbürgermeister Dr. Stübel erhob sich und erklärte, er halte es für unmöglich, daß ein Rathsmitglied eine solche Aeußerung gethan habe und fordert den St.-V. Hartwig sehr ernst auf, sich näher zu erklären und keinen Anstand zu nehmen, den betreffenden Namen hier im Saale sofort zu nennen. — Große Pause. — Alles blickt auf den Provocirten, der — stumm bleibt. Es klang wie Ironie, als der Vorsitzende, da ein Antrag auf Schluß der Debatte vorlag langsam den Hammer fallen lassend, sagte, weil das Wort zu einer „thatsächlichen Berichtigung" gegen den letzten Redner nicht verlangt werde, schließe er die Debatte, worauf St.-V. Meyer noch meinte, der Provocirte glaube vielleicht, er werde das Wort, da er schon zweimal zur Sache gesprochen habe, nicht mehr erhalten, aber in diesem Falle könne er's immer verlangen. Wieder erwartungsvolles Schweigen. Endlich geht, nach Zurücknahme des Schlußantrags die Debatte weiter und St.-V. Hartwig erklärt in längerer Auseinandersetzung, daß ihm der Oberbürgermeister nicht ganz richtig verstanden habe, er habe nicht dem ganzen Stadtbauamte den Vorwurf gemacht, bleibe aber übrigens bei dem vorher Gesagten stehen und könne den Beweis liefern, daß z. B. Beschwerdeführungen über Vorgänge nutzlos gewesen und „daß bei Berichterstattungen von Unten nach Oben nicht allenthalben der Wahrheit die Ehre gegeben würde." — Große Erregung, abermalige Rufe: „das ist stark," „das geht zu weit," „unerhört" u. s. w. bis der Vorsitzende Ruhe herstellt, den Aeußerungen des St.-V. Hartwig eine Rüge ertheilt und ihn zur Ordnung ruft. Ueber den Namen des betreffenden Rathsmitgliedes und sonstiges diesbezügliche Nähere schweig St.-V. Hartwig weiter. St.-V. Dr. Schumann ist nicht der allgemeinen Meinung: er sagt, wenn sein College Hartwig einen Ordnungsruf erhalte, müsse der Oberbürgermeister auch zur Ordnung gerufen werden, er habe durch die Bemerkung, er halte es nicht für möglich, daß ein Rathsmitglied die von Hartwig behauptete Aeußerung gethan habe, den Letzteren geradezu — der Lüge beschuldigt! — Endlich endete ein Schlußantrag die merkwürdige und jedenfalls nicht folgenlose Debatte und das Berechnungsgeld von 267,000 Mrk. wird bewilligt. Im Uebrigen bot die Sitzung nichts von allgemeiner Wichtigkeit; der Bau des Bürgerhospitals wird wieder einmal angeregt und der Rath um eine diesbezügliche Erklärung gebeten, der nach dem Neustädter Friedhof führende Leichenweg wird eine Verbreiterung erfahren, für Errichtung eines Schuppen-, Werkstatt- und Gehülfenwohngebäudes in der Stadtgärtnerei in der Goethestraße werden wiederum 1339 Mrk bewilligt